

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 102 (2005)
Heft: 4

Artikel: Ein Wortschatz, der manchmal an Krieg erinnert
Autor: Meyer, René A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie die Printmedien über die Sozialhilfe berichten

Ein Wortschatz, der manchmal an Krieg erinnert

«Explodierende Sozialausgaben – Jugendliche als Zeitbombe.» Solche Begriffe verwenden einige Zeitungen, wenn sie über die Sozialhilfe berichten. Welche Informationen liefern die Printmedien wirklich? Eine Studie hat die Berichterstattung in der Deutschschweiz untersucht.

1. AUSGABENSTEIGERUNG:

Artikel mit alarmierenden Inhalten

- explodierende Sozialausgaben
- alarmierender Aufwärtstrend
- höchst alarmierende Zunahme
- alarmierend steigende Ausgaben
- Rekordmarke
- enorme Beträge
- besorgniserregende Ausgaben
- Sozialausgaben engen Spielraum anderswo ein

2. AUSGABENSTEIGERUNG:

Artikel mit informativen Inhalten

- Sozialhilfe schlägt höher zu Buch
- Fallzunahme vergrössert Bruttoaufwand
- zusätzlicher Bedarf
- hohe Steigerungsrate
- Zuwachs
- Mehreinnahmen kompensieren Sozialausgaben
- Ausgaben für Sozialhilfe werden kaum rasch sinken
- Ausgaben haben sich mehr als verdoppelt
- das kommt den Staat teuer zu stehen
- belastende Sozialhilfe

3. GRÜNDE FÜR DIE AUSGABENSTEIGERUNGEN:

- Kostenüberwälzung von Bund und Kantonen auf Gemeinden
- ungünstige Konjunktur
- Gesetzlich vorgeschriebene Leistungen

Die Ausgaben für die öffentliche Sozialhilfe in der Schweiz steigen seit dem Jahr 2002 steil an. Dies rückt die wirtschaftliche Sozialhilfe ins Rampenlicht des öffentlichen Interesses. Eine Studie, die im Rahmen eines Lehrgangs an der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführt worden ist, beleuchtet die Darstellungsweise und die Häufigkeit dieser Themen in den Printmedien. Im Zeitraum vom 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2004 wurden Inhaltsanalysen von 115 Zeitungsartikeln aus sieben Tageszeitungen erstellt. Dabei handelt es sich ausschliesslich um Berichte zu den Agglomerationen Zürich, Bern und Basel. Nachfolgend werden aus dieser Studie Resultate zu den Themen Ausgabensteigerung, Einnahmen, Subsidiarität, Fallzunahme und Fallabschlüsse präsentiert.

1. Ausgabensteigerung

Ungefähr die Hälfte der Texte zu diesem Thema benützt Begriffe und Umschreibungen, die man als beunruhigend bis alarmierend einstufen kann. Die Umschreibungen passen zu Situationen, die mit Krieg, Katastrophen und undefinierbaren negativen Auswirkungen assoziiert werden können (s. Graphik 1).

Die andere Hälfte der Texte verwendet informative Formulierungen. Einerseits wird über eine starke Erhöhung der Ausgaben orientiert, andererseits ist ein Bezug oder Rahmen erkennbar, sodass die Leserinnen und Leser nicht ihrer individuellen Vorstellungskraft überlassen werden (s. Graphik 2).

Die am häufigsten genannten Gründe für die Ausgabenerhöhung sind in Graphik 3 aufgeführt.

Einseitige Information

Wenn man die Frequenz der Themen betrachtet, fällt auf, dass die Ausgabensteigerung in etwa 25 Prozent aller analysierten Artikel

ein Thema ist. Jedoch erwähnen lediglich etwa 10 Prozent der Artikel die Gründe, die zu den steigenden Ausgaben führen. Das bedeutet, dass etwa 15 Prozent der Artikel zu diesem Thema die Leserschaft ausschliesslich mit Informationen zu den höheren Ausgaben beliefert.

Einnahmen aus Abteilungen von Bund, Kantonen und Gemeinden wie auch das Subsidiaritätsprinzip sind wegen der raren Erwähnung kaum wahrnehmbar. Genau diese Aspekte aber wären Indikatoren dafür, ob und wie gut es die sozialen Dienste verstehen, die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen einzufordern (s. Graphik 4).

Fallzunahme

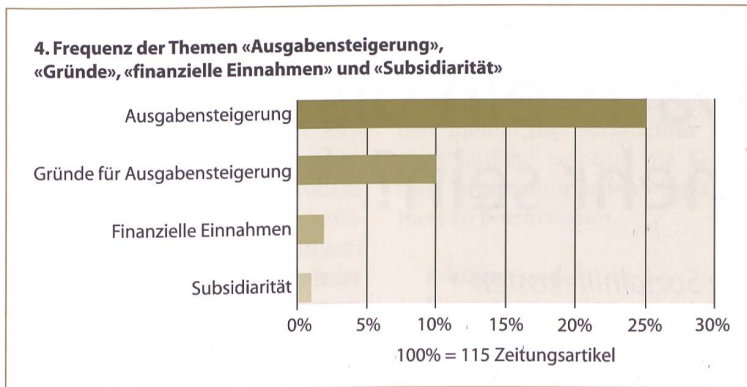
Ungefähr die Hälfte der Texte zum Thema Fallzunahme sprechen die emotionale Ebene der Lesenden an. Dadurch werden die Rezipientinnen und Rezipienten ihren persönlichen Einschätzungen und Ängsten überlassen (s. Graphik 5).

Die andere Hälfte der Texte benützt Begriffe und Umschreibungen mit informativem Charakter. Hier werden Bezüge zu Zeit und Regionen geschaffen (s. Graphik 6).

Häufig genannte Gründe, die zu den steigenden Fallzahlen führen, sind aus Graphik 7 ersichtlich.

Vor allem die Fallzunahme stösst auf Interesse

Die Fallzunahme ist in etwa 33 Prozent aller analysierten Artikel ein Thema. Ebenso häufig werden Gründe erwähnt, die zur Fallzunahme führen. Dies ist, verglichen mit dem Thema Ausgabensteigerung, ein überraschendes Resultat. Dass lediglich etwa sieben Prozent der Artikel das Thema Fallabschlüsse behandeln, trübt dieses Bild. Denn die Fallabschlüsse sind ein wichtiger Leistungsindikator, welcher die Ausgaben der sozialen Dienste mindert und Arbeitsressourcen freisetzt (s. Graphik 8).



- 5. FALLZUNAHME:**
- Artikel, welche die emotionale Ebene ansprechen**
- Höchststand
 - Zeitbombe
 - Ansturm
 - alarmiert
 - Rekordmarke
 - massiver Anstieg
 - dramatische Entwicklung
 - die Aussichten bleiben düster
 - der Vorsteher der Behörde seufzt

Berichterstattung lässt zu wünschen übrig

Themen wie Ausgabensteigerung und Fallzunahme dominieren von der Anzahl her die Zeitungsartikel in der untersuchten Periode. In Bezug auf die Ausgabensteigerung werden oft keine Gründe angeführt.

Wegen der seltenen Erwähnung werden die Themen Einnahmen, Subsidiarität und Fallabschlüsse kaum wahrgenommen. Dies wäre aber wichtig, weil in diesen Bereichen ein grosser Teil der – auch für Dritte nachvollziehbaren – Leistungen der sozialen Dienste erbracht werden (Aufwandminderung).

Eine bedeutende Anzahl von Artikeln verwendet einen Wortschatz, der mit Krieg und Katastrophen assoziiert werden kann. Die Absurdität solcher Begriffe kann man sich vor Augen führen, indem man sich beim Beispiel «Zeitbombe» (Jugendliche in der Sozialhilfe) fragt, wann denn diese «Zeitbombe» hochgeht. Diese Begriffe machen im übertragenen Sinn aus Opfern gesellschaftlicher Entwicklungen Täterinnen und Täter, die nur noch als unberechenbare Produkte (Zeitbombe) wahrgenommen werden.

Wenn aber angeführt wird, es sei unbedingt zu vermeiden, dass sich Jugendliche daran gewöhnen, Sozialhilfe zu beziehen, dann ist dies generell eine nachvollziehbare Haltung, bei der ein gesellschaftlicher Konsens möglich ist.

Sozialhilfe braucht mehr PR

Eine weitere Erkenntnis der Studie bezieht sich auf die Autorinnen und Autoren. Ungefähr zwei Drittel

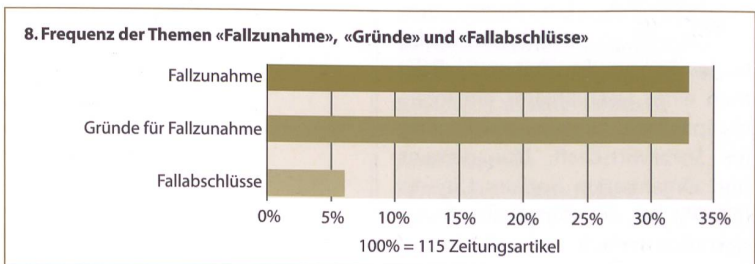
der untersuchten Artikel wurden von Journalistinnen und Journalisten geschrieben, die in einem Zeitraum von zwölf Monaten höchstens bis zu vier Artikel in diesem Bereich publiziert hatten. Lediglich ein Drittel der Berichte wurde von Personen geschrieben, die zwischen sieben bis fünfzehn Artikel zu diesem Thema veröffentlicht hatten. Das bedeutet, dass die Informationen von den sozialen Diensten jeweils verständlich und

umfassend an die Journalistinnen und Journalisten vermittelt werden sollten.

Aussagen zu den Themen Fallzunahme und Ausgabensteigerung müssten deshalb gegenüber Medien immer in Bezug auf Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Entwicklungen (Automatisierung, «jobless growth», Globalisierung etc.) gemacht werden. Sie sollten mit Daten zu Einnahmen und Fallabschlüssen ergänzt und in ei-

- 6. FALLZUNAHME:**
- Artikel mit informativen Umschreibungen**
- Zunahme im Vergleich zum Vorjahr
 - Vergleiche mit anderen Regionen
 - Hinweise auf Gruppen von Sozialhilfebezügerinnen
 - eine echte Betreuung ist nicht mehr möglich
 - Sozialhilfedichte (in Städten)
 - die Angaben zu Personen sind Schätzungen
 - Beratung mangels Personal nicht mehr möglich

- 7. GRÜNDE FÜR DIE STEIGENDEN FALLZAHLEN:**
- die schlechte Wirtschaftslage
 - die Arbeitslosigkeit und das neue Arbeitslosengesetz
 - ungenügendes Einkommen bei Voll- und Teilzeitjobs
 - die Auflösung der Familienstrukturen
 - gesetzlich vorgeschriebene Leistungen
 - fehlende Ausbildung, schlechte Berufsperspektiven und Kinder



nen zeitlichen Rahmen gesetzt werden. Dazu gehört auch, dass man das Subsidiaritätsprinzip nachvollziehbar erklärt.

Es kann bei Berichten über soziale Dienste nicht darum gehen, Probleme zu beschönigen. Zentral ist aber, Probleme verständlich zu benennen, Lösungen vorzuschlagen und zu erklären, was zu erwarten ist, wenn nichts getan wird. Die Verantwortung für die Berichterstattung tragen die Journalistinnen und Journalisten sowie die Interviewten gleichermaßen – aber natürlich nur für je ihren Teil der Darstellung.

Generell empfiehlt es sich für alle sozialen Dienste (auch für die kleineren), über den Bereich «Public Relations» eine direkte, dauerhafte und positive Beziehung zur Öffentlichkeit aufzubauen. Wertvolle Literatur dazu existiert bereits. Und der Sozialdienst der Stadt Zürich liefert dazu ein Beispiel: Im Juni 2005 hat er mit «ZürichSozial» den Medien und einer breiten Öffentlichkeit Einblicke ins Sozialdepartement ermöglicht.

René A. Meyer

Die Studie kann beim Autor unter r.a.meyer@bluemail.ch bestellt oder direkt über www.sozialinfo.ch/pdf/meyer_sozialhilfe.pdf abgerufen werden.

ZUR PERSON



René A. Meyer ist Stellenleiter beim Quartierteam Schwamendingen West der sozialen Dienste der Stadt Zürich.

Die Studie zum Bild der Sozialhilfe in den Printmedien hat er im Rahmen eines Nachdiploms am Interdisziplinären Universitätslehrgang für Sozialwirtschaft, Management und Organisation Sozialer Dienste (ISMOS) an der Wirtschaftsuniversität Wien verfasst.

Kostenentwicklung in der Sozialhilfe

Darfs ein bisschen mehr sein?

Die Sozialhilfekosten klettern in die Höhe und die Behörden reagieren mit Nachtragskrediten. Was braucht es, damit die Prognosen gezielter gestellt werden können? Zwei Modelle und berechenbare Politik.

Fünf von sechs angefragten Sozialämtern mussten 2004 Nachtragskredite beantragen. Die meisten gehen bei der Budgetierung pragmatisch vor. Sie stützen sich auf die in ihren Struktur- und Finanzdaten festgestellten Trends und korrigieren nach Augenmass. Zentral sind dabei die wirtschaftliche Lage, die Preisentwicklung sowie politische Eingriffe wie etwa Sparmassnahmen bei den Sozialversicherungen. Dies hat unter anderem ein Kurzgutachten des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS ergeben, das von der Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektion in Auftrag gegeben wurde (siehe Kommentar).

Zürich orientiert sich am Bruttoinlandprodukt

Unter den befragten Behörden verfügt nur das Sozialdepartement der Stadt Zürich über ein relativ differenziertes Prognosemodell. Es schätzt drei Zielgrössen: die durchschnittliche Fallzahl pro Monat (die Grundtendenz wird dabei aus dem Bruttoinlandprodukt BIP abgeleitet), die durchschnittlichen monatlichen Kosten pro Fall sowie die Entwicklung der Rückerstattungen. In den letzten zwei Jahren machte aber auch dieses Verfahren Probleme: Weil die BIP-Prognosen laufend nach unten korrigiert wurden, musste das Sozialdepartement seine Zahlen gegen oben korrigieren.

Sozialhilfe reagiert mit Verzögerung

Unter den sehr verschiedenartigen Einflussfaktoren auf die Sozialhilfekosten spielt die Situation auf dem Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle. Die Zahl der Sozialhilfebeziehenden passt sich jedoch nicht einfach der Arbeitslosenquote an. Es gibt einen Verzögerungseffekt: Die Sozialhilfefzahlen steigen und sinken etwas später. Und es gibt in der Sozialhilfe einen ansteigenden